



Joachim Günther

Mitglied des Deutschen Bundestages

Parlamentarischer Staatssekretär a. D.

Stellv. Vorsitzender des Sportausschusses

Mitglied im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

☎ (030) 227 – 75636

📠 (030) 227 – 76754

✉ joachim.guenther@bundestag.de

Pressemitteilung

Sachsen-Franken-Magistrale

Zu wichtig, um für billige grüne Propaganda herzuhalten

Zum Artikel in der Freien Presse vom 29. Juli 2011 „Grüne sehen Vogtland auf dem Abstellgleis“ erklärt der vogtländische FDP-Bundestagsabgeordnete Joachim Günther:

Mit großer Verwunderung habe ich die Forderung der Bündnisgrünen zur Kenntnis genommen, die den schnelleren Ausbau der Sachsen-Franken-Magistrale fordern.

Von Reichenbach bis zur Landesgrenze Sachsen/Bayern wird die Strecke derzeit elektrifiziert. Das haben wir in langen Verhandlungen mit Bund und Land erreicht. Darüber, wie die Streckenführung auf bayrischem Territorium sein wird, muss die Bayerische Staatsregierung noch entscheiden. Hauptproblem bei der Elektrifizierung der Strecke ab Landesgrenze Bayern/Sachsen bis Nürnberg ist die vorhandene kurvenreiche Streckenführung inklusive der Tunnel. Nach Experten-Meinung steht fest, dass diese Strecke so nicht elektrifiziert und mit Hochgeschwindigkeitszügen befahren werden kann. D. h., eine zumindest teilweise Umverlegung der Strecke ist notwendig.

Da die Bündnisgrünen jegliche Bauprojekte versuchen zu verhindern, bin ich erstaunt, dass nun – gerade auch nach ihren Aktionen bzgl. Stuttgart 21 – ausgerechnet die Grünen mich auffordern, mich für die Sachsen-Franken-Magistrale stark zu machen. Zum einen möchte ich diesbezüglich klar stellen, dass ich das seit Jahren im Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung getan habe und dafür keine Aufforderung der Grünen brauchte, weil mir als Vogtländer die Entwicklung meiner Heimatregion eine Herzensangelegenheit ist. Zum anderen hoffe ich, dass die Grünen, sollte ein teilweiser Neubau der Sachsen-Franken-Magistrale in Bayern nötig und geplant werden, nicht wieder die ersten sind, die dagegen auf die Barrikaden gehen. (29. Juli 2011)